



Studentinnen und Studenten an der ETH Zürich.

bild: keystone

Hochschulvertreter warnen vor Kürzungen durch Bundesrat



02.03.2026, 11:00

02.03.2026, 11:03

Studierende sowie Lehr- und Forschungspersonal lehnen die vom Bundesrat geplanten Abbaumassnahmen im Bildungs- und Forschungsbereich «weiterhin kategorisch ab». Deren Verbände und Gewerkschaften fordern einen Verzicht auf jegliche Budgetkürzungen.

«Jeder gekürzte Franken fehlt», betonten VSS, actionuni, VPOD und swissfaculty am Montag vor den Medien in Bern. Im Blick hätten sie die bevorstehende Nationalratsdebatte über das Entlastungspaket.

Die «unsinnigen und gefährlichen Budgetkürzungen», die auf der Grundlage eines einzigen Expertenberichts und ohne vorherige Konsultation der Betroffenen und der Kantone beschlossen worden seien, lehne man geschlossen ab. Diese Massnahmen stellten eine schwerwiegende Bedrohung für die Arbeitsbedingungen dar, verstärkten die schlechten Lohnbedingungen («Prekarität»)

und beeinträchtigten sowohl die Qualität als auch die Unabhängigkeit der Wissenschaft.

Der Vorstand von swissfaculty, der Vereinigung der Hochschul-Dozierenden, argumentierte, dass die vom Bundesrat vorgeschlagenen Budgetkürzungen im Hochschulbereich zu weit gingen und kurzfristig seien. Es sei die Aufgabe des Parlaments, dies zu korrigieren.

Die Dachorganisation des akademischen Mittelbaus in der Schweiz, actionuni, wies darauf hin, dass die Kürzungen «nicht nur gefährlich, sondern auch ungerecht» seien, da sie den akademischen Mittelbau – Doktorierende, Postdoktorierende, Dozierende und wissenschaftliche Mitarbeitende – «unverhältnismässig stark treffen» würden.

VSS warnt vor sozialer Selektion

Der VSS, der Verband der Schweizer Studierendenschaften, betonte, dass die Debatte über das Entlastungsprogramm 2027 auf einer falschen Annahme beruhe. Während die Schweiz ihre Rechnungen mit einem Überschuss abschliesse, werde eine Sparpolitik durchgesetzt, die Bildung, Forschung und Innovation hart treffe.

Diese Kürzungen seien für Studierende nicht abstrakt. Bereits heute arbeiten demnach über 70 Prozent von ihnen neben dem Studium. Eine Erhöhung der Studiengebühren bedeute die Einführung sozialer Selektion.

Bildung sei eine grundlegende Aufgabe des Staates, die nicht der Logik der Rentabilität unterliegen sollte, betonte der VPOD, der Schweizerische Verband des Personals öffentlicher Dienste. Er setze sich langfristig für gebührenfreie Studien ein, für eine ausreichend finanzierte öffentliche und unabhängige Forschung sowie für gute und sichere Arbeitsbedingungen an den Hochschulen.
(sda)